

An die Oberbürgermeisterin  
der Stadt Bochum  
Frau Dr. Ottilie Scholz

Altes Postgebäude  
Willy-Brandt-Platz 1-3  
44777 Bochum

Telefon: (0234) 910 - 1295 / -1296  
Fax: (0234) 910 - 1297  
email: linksfraktion@bochum.de  
www.linksfraktion-bochum.de

Bochum, den 04.09.2012

## **Anfrage**

zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 5.9.2012

### **Burnout-Syndrome bei städtischen Beschäftigten**

Verschiedenen Medienberichten zufolge ist die Zahl der Krankschreibungen wegen psychischer Erkrankungssymptome in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Darunter wird auch das sogenannte Burnout gefasst. Wenn Menschen viel leisten, aber den an sie gestellten Anforderungen objektiv oder subjektiv nicht im vollen Umfang gerecht werden können, steigt die Gefahr von schweren Erschöpfungszuständen oder psychischen Erkrankungen. Gerade sehr engagierte Beschäftigte sind davon häufig besonders stark betroffen. Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund des geplanten bzw. durchgeführten Personalabbaus fragt DIE LINKE im Rat:

1. Wie hat sich die Nachfrage an den Beratungsdienst für städtische Angestellte in Hinblick auf psychische Erkrankungen/Burnout entwickelt?
2. Ist in bestimmten Bereichen der Stadtverwaltung eine Zunahme des Beratungsbedarfes der dort tätigen Beschäftigten zu beobachten?
3. Wie schätzt die Verwaltung den Zusammenhang zwischen Aufgaben und Verantwortungszunahme einerseits und Wegfall von Stellen andererseits bei der Entwicklung der genannten Erkrankungen ein?
4. Welche Maßnahmen werden von der Verwaltung zur Erkennung, Behandlung und Prävention von psychischen Erkrankungen/Burnout getroffen?
5. Sieht die Verwaltung Optimierungsmöglichkeiten im Bereich der Prävention und wenn ja, welche sind dies?
6. Mit welchen Maßnahmen fördert die Verwaltung ein rechtzeitiges Aufsuchen der Beratung?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung und Weiterleitung der Antwort an die Kommission Personal und Gleichstellung.

Für die Fraktion

Uwe Vorberg